

**Kleine Anfrage****Tobias Eckert (SPD), Marius Weiß (SPD) vom 23.03.2022****Sustainable-Finance-Strategie in Hessen – Teil II****und****Antwort****Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen****Vorbemerkung Fragesteller:**

Für die klimaneutrale Transformation Hessen braucht es eine leistungsfähige Finanzwirtschaft, die diesen Prozess durch Investitionen und Finanzinfrastruktur ermöglicht. Unter dem Fachbegriff „Sustainable Finance“ wird dabei die Verknüpfung von Finanzierung von Investitionen hinsichtlich wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Ziele verstanden. Hessen mit seinem bund- und europaweiten Finanzstandort Frankfurt hat für diese neue Investitionsform eine hervorragende Ausgangssituation. Nach dem europaweiten Sustainable Finance Summit in Frankfurt im Jahr 2020 und dem Green and Sustainable Finance Cluster Germany (GSFCG) geht diese Entwicklung weiter, wie die Finanzszenen Frankfurt am Main in diese zukunftsweisende Richtung entwickelt werden soll. Momentan stehen jedoch andere Bundesländer, u.a. Hamburgs Masterpläne für den Bereich Sustainable Finance, im Fokus.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen wie folgt:

Frage 1. Plant die Landesregierung spezifische Programme (z.B. in Kooperation mit IHKs), um den hessischen Mittelstand auf Sustainable-Finance-Erwägungen vorzubereiten?

Die Landesregierung sieht die erheblichen Herausforderungen, denen mittelständische Unternehmen in Anbetracht (zukünftiger) Berichtspflichten im Kontext der EU-Taxonomie-Verordnung und anderer Vorgaben (etwa der sog. Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) gegenüberstehen. Darauf wird auf verschiedenen Ebenen reagiert.

Zum einen befindet sich die Landesregierung im stetigen Austausch mit den mittelständischen Unternehmen und ihren Interessenvertretungen. Nicht nur durch Vor-Ort-Termine (siehe Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage mit der Drucksachenummer 20/8137), sondern auch auf Fachebene werden fortwährend Gespräche zu Herausforderungen durch die „Sustainable-Finance“-Regulierung geführt, um daraus Forderungen an die Normsetzer insbesondere auf EU-Ebene abzuleiten und zu kommunizieren.

Darüber hinaus ist es der Landesregierung ein Anliegen, dass der Mittelstand auch bei der internationalen Standardsetzung des ISSB eine Stimme bekommt: Sie wird die IFRS-Stiftung bei der Entwicklung von der jeweiligen Unternehmensgröße angemessenen Berichtsstandards unterstützen, indem sie beispielsweise Kontakte zu mittelständischen Unternehmen vermittelt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Belange des Mittelstands bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung angemessen berücksichtigt werden.

Ebenso intensiv wird an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis an einer vereinfachten Anwendbarkeit der „Sustainable-Finance“-Regulierung seitens des Mittelstands gearbeitet. So prüft beispielsweise die Landesregierung derzeit in Zusammenarbeit mit dem GSFCG, der Frankfurt School – UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainability Energy Finance und Hessen Trade & Invest die Notwendigkeit, spezifische Projekte zur Vorbereitung des hessischen Mittelstands auf bevorstehende Herausforderungen im Rahmen der EU Taxonomie aufzusetzen, bspw. in Form der Bereitstellung eines Taxonomie-Quick-Check für KMU.

- Frage 2. Plant die Landesregierung, nach dem Vorbild Hamburg, einen Masterplan in Kooperation mit Verbänden der Finanzwirtschaft, um den Finanzstandort Frankfurt nicht im Bereich Sustainable Finance abrutschen zu lassen?
- Falls ja, wann soll dieser Masterplan bekannt gegeben werden, welche Kooperationspartner hat die Landesregierung und stellt Sie landeseigene Mittel zur Förderung zur Verfügung?
  - Falls nein, warum nicht und was plant die Landesregierung stattdessen?

Aus Sicht der Landesregierung wurden in Hessen bereits zahlreiche Maßnahmen, Aktionen und Initiativen im Themenbereich Sustainable Finance angestoßen und umgesetzt. So wurde beispielsweise die Begebung einer Grünen Anleihe bereits umgesetzt (vgl. Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage 20/8137). Ebenso ist in Frankfurt ein ganzes Ökosystem im Bereich Sustainable Finance entstanden, welches sehr lebendig ist und von regem gegenseitigem Austausch lebt. Das GSFCG als Dialogplattform und Netzwerkinstitution für Themen im Bereich Sustainable Finance am Finanzstandort Frankfurt ist hier ein wesentlicher Akteur. Die bereits im August 2020 veröffentlichte „Action Roadmap“ des GSFCG ist ein zentraler Baustein in diesem dynamischen Gefüge. Breit wahrgenommene Veranstaltungen, wie beispielsweise der 6. Sustainable Finance Gipfel Deutschland am 14. Oktober 2022 in Frankfurt a.M., beleuchten Chancen und Herausforderungen der Transformationsfinanzierung und leiten konkrete Umsetzungsideen ab.

In Anbetracht der Vielfalt und Reichweite der bereits angestoßenen Maßnahmen erachtet die Landesregierung einen Masterplan in Hessen daher zurzeit für nicht zielführend.

- Frage 3. Plant die Landesregierung eine Landesförderung im Bereich Sustainable Finance?
- Falls ja, wie ist diese Förderung gestaltet und wie hoch sind die dafür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel?
  - Falls nein, warum nicht?

Net Zero Banking Alliance (NZBAG) und GSFCG:

Ein Ziel der Anstrengungen im Bereich Sustainable Finance ist, dem Klimawandel entschlossen entgegenzutreten. Aktuell entwickelt das Land Hessen seinen Klimaschutzplan weiter. Damit führt Hessen fort, was bereits im Jahr 2017 mit dem Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 begonnen wurde. Das ambitionierte Ziel der Landesregierung, Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 zu erreichen, umfasst neue Maßnahmenvorschläge, die derzeit im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung vorgestellt und diskutiert werden.

Im Rahmen des Klimaschutzplans wird das Projekt der NZBAG unterstützt und gefördert. Die NZBAG hat zum Ziel, Banking-Aktivitäten mit den hessischen, deutschen und internationalen Klimazielen in Einklang zu bringen. Die Banken am Finanzplatz Frankfurt werden dazu systematisch auf die Umsetzung dieser Ziele innerhalb ihrer Portfolien vorbereitet und ihnen wird hierfür ein Methoden-Toolkit zur Verfügung gestellt. Letzteres wird von Arbeitsgruppen innerhalb der NZBAG erarbeitet. Durch diese Harmonisierungsanstrengung und der damit einhergehenden Selbstverpflichtung beteiligter Finanzakteure wird ein erheblicher Beitrag zu einer effizienteren Umsetzung von Sustainable Finance geleistet. Dieses Projekt wird bereits in den Jahren 2021/2022 mit bis zu 191.800 € aus Mitteln des Landes Hessen gefördert.

Nun geht es um eine Verstetigung der Allianz. Aufbauend auf den erarbeiteten Grundlagen für klimaschonende Steuerung von Kreditportfolios soll das Methoden-Toolkit in folgenden Bereichen der Banken Anwendung finden:

- Klimabezogene Gesamtbanksteuerung
- Kundendialog, insbesondere mit der Realwirtschaft mit einem Fokus auf den deutschen Mittelstand
- Produktentwicklung
- Risikomanagement im Kontext der Pariser Klimaziele.

Die Harmonisierung klimarelevanter Key Performance Indicators bzw. Leistungskennzahlen („KPIs“) spielt in allen Bereichen eine zentrale Rolle. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Financial Big Data Cluster und der Wissenschaftsplattform Sustainable Finance ist in diesem Zusammenhang vorgesehen. Die EU Taxonomie (inkl. potenzieller Erweiterungen wie Harmful Activities, No Significant Impact) wird ausführlich als eine relevante KPI zur Messung von positiven Klimawirkungen diskutiert und die Anwendung wird vorwettbewerblich unterstützt.

Wiesbaden, 1. Juni 2022

**Tarek Al-Wazir**